



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Doehn, Rud.: Die politischen Zustände in der nordamerikanischen Union.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die politischen Zustände in der nordamerikanischen Union.

Am 7. November d. J. wird die diesjährige Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten entschieden werden. Nach allen Nachrichten, die in jüngster Zeit über den Ocean zu uns gekommen sind, ist der Wahlkampf ein äußerst hartnäckiger, zum Theil erbitterter. Die demokratische Partei giebt sich die größte Mühe, sämmtliche Südstaaten, d. h. die früheren Sklavenstaaten, für sich zu gewinnen. Zu dem Ende werden die alten Leidenschaften, die in früheren Zeiten den Norden und Süden der Union gegen einander hezten, von Neuem wieder angefacht, wenn auch in etwas veränderter Gestalt. Ein Rundschreiben, welches durch die Anhänger der demokratischen Präsidentschaftskandidaten, Tilden und Hendricks, an die Führer der südlichen Demokraten kürzlich erlassen worden ist, wirft ein eigenthümliches Licht auf die demokratische Partei. Bekanntlich hat die Unionsregierung energische Maßregeln getroffen, um das bedrohte Wahlrecht in den Südstaaten zu schützen, nöthigenfalls mit gewaffneter Hand. Dem gegenüber heißt es nun in dem besagten Rundschreiben: „Jeder südliche Staat muß auf jede Gefahr hin (at all hazards) für die demokratischen Präsidentschaftskandidaten gewonnen werden. Es giebt nicht Bundestruppen genug, um alle Wahlurnen im Süden zu bewachen. Der Preis, um den es sich am Dienstag, 7. November, handelt, ist der Besitz der Regierung, und dieser Preis kann errungen werden. Aber es dürfen vorher keine unvorsichtigen Reden geführt werden (but there must be no loose talk beforehand). Gebt uns ein geschlossenes südliches Votum (a solid Southern vote) unter allen Umständen, und Alles wird gut gehen. Ohne ein solches Votum ist unsere Aussicht auf Sieg dahin und unser Erfolg mehr als zweifelhaft.“

Aus diesen Worten geht ziemlich deutlich hervor, daß die demokratische Partei kein Mittel, mag es gesetzmäßig sein oder nicht, scheut, um die Republikaner in der diesjährigen Nationalwahl zu besiegen, nur soll dabei mit der gehörigen Vorsicht zu Werke gegangen werden. Auch ist in dem Rundschreiben von „Reform“ nicht die Rede; „der Besitz der Regierung“ wird offen als das Ziel hingestellt, wonach die Demokraten streben. Wenn dies Ziel erreicht ist, scheint es mit den in öffentlichen Reden so heilig versprochenen Reformen nicht viel auf sich zu haben.

Die Aufforderung aber, „auf jede Gefahr hin“ in den Südstaaten die demokratischen Kandidaten zu erwählen, hat bereits ihre Früchte getragen. Die in Aussicht gestellte Befriedigung der lange gehegten Begierde, wieder einmal die Zügel der Herrschaft zu erfassen, siegreich in's „weiße Haus“ ein-

zuziehen und, nach dem von Demokraten erfundenen Grundsatz, daß den Siegern die Beute gehört, Besitz von den fetten Bundesämtern zu nehmen, die so lange von den Republikanern verwaltet wurden, — diese verlockende Aussicht hat an vielen Orten des Südens die Demokraten verführt, die ihnen angerathene Vorsicht zu vergessen, die Maske des Friedens abzuwerfen und das alte beliebte Mobregiment, wie es in den Zeiten der Sklaverei im Schwunge war, von Neuem einzuführen. Amerikanische Blätter bringen fast täglich ausführliche Berichte über gesetzwidrige Einschüchterungen und Gewaltthaten, womit die südlichen Demokraten die Freiheit der Rede und das freie Stimmrecht gefährden.

Unterdessen haben die Staatswahlen in den Einzelstaaten Indiana und Ohio stattgefunden, welche für die kommende Nationalwahl von höchster Bedeutung sind. In Indiana trugen die Demokraten, in Ohio die Republikaner den Sieg davon; so meldete der Telegraph. Ausführlichere Nachrichten liegen über diese Wahlen noch nicht vor. Sehr gespannt darf man auf den Ausfall der demnächst bevorstehenden Staatswahl in New-York, dem bevölkerstften Staate der Union, sein. Die Partei, welche in New-York die Majorität erlangt, hat unter den obwaltenden Umständen alle Chancen des Sieges in der Nationalwahl für sich. Der erfolgreiche Präsidentschaftskandidat muß 185 Elektoralstimmen für sich haben. Die 16 Südstaaten (West-Virginien mit eingeschlossen) haben 138 dieser Stimmen. Wenn nun die Demokraten den ganzen Süden für sich gewöhnen, so bedürften sie, um in der Präsidentschaftswahl zu siegen, im Norden der Union nur in so vielen Staaten des Sieges, daß sie 47 Stimmen zu den genannten 138 hinzugewöhnen. Und nach dem oben erwähnten Rundschreiben hoffen sie in der That, in den drei Pacific-Staaten die Majorität zu erringen und damit die 6 Stimmen von Californien und die je 3 Stimmen in Nevada und Oregon zu erhalten. Im Osten der Union aber rechnen sie auf Connecticut mit 6, auf New-Jersey mit 9 und auf New-York mit 35 Stimmen, so daß sie in den südlichen, in den östlichen und in den Pacific-Staaten zusammen 200 Stimmen, mithin 15 Stimmen mehr, als zur Wahl nothwendig sind, erhalten. Es fragt sich nun aber sehr, ob diese Rechnung richtig ist. Zunächst darf bezweifelt werden, daß sie im ganzen Süden der Union siegreich sein werden; sehr wahrscheinlich stimmen Süd-Carolina und Florida, vielleicht auch Louisiana, für die republikanischen Präsidentschaftskandidaten Hayes und Wheeler. New-York und Californien sind mindestens sehr zweifelhaft; die republikanische Partei hat in beiden Staaten oft genug den Sieg davon getragen. *)

Sehr komisch ist es, wenn conservative Blätter in Deutschland die Partei der Nationalliberalen mit der republikanischen Partei in den Vereinigten

*) Inzwischen ist die Wahl vollzogen. Bis zum Schlusse unsres Heftes machen sich jedoch noch beide Parteien den Sieg streitig. D. Red.

Staaten vergleichen, weil beide ausgezeichnet organisiert, aber auch äußerst gewissenlos seien. Allerdings besteht eine gewisse Ähnlichkeit zwischen den genannten Parteien, ebenso wie zwischen den Demokraten in Amerika und den Ultra-Conservativen und Orthodoxen in Deutschland. Die Republikaner sind die entschiedensten und treuesten Freunde der Union, sie bekämpfen alle secessionistischen Gelüste, welche die Einheit der Union gefährden; die Demokraten aber zählen nicht nur alle Secessionisten, alle Feinde der Union zu ihren Freunden und Anhängern, sondern auch die Ultramontanen. Es ist deshalb einfach lächerlich, die Demokraten weniger gewissenlos zu nennen, als die Republikaner. Wohl aber erklärt sich die Sympathie unserer Conservativen für die amerikanischen Demokraten. Beide begünstigen den Partikularismus, beide hassen den Kulturkampf und verbünden sich im Nothfall mit den Ultramontanen, die ebenso wenig die Union lieben, wie ein einiges und freies Deutschland.

Kürzlich wies die einflußreiche und vielgelesene „New-York Tribune“ auf die Thatsache hin, daß die demokratische Partei seit den Zeiten der südlichen Rebellion die Deutschen gründlich hasse, denn die „damned Dutch“ kämpften in ihrer überwiegenden Mehrheit für die Erhaltung der Union und gegen die demokratischen Secessionisten. Die „Tribune“ erinnerte ferner daran, daß während des Secessionskrieges die Sympathien der deutschen Nation in Europa für den republikanischen Norden und für die Erhaltung der Union gewesen seien, während Frankreich und England die demokratische Rebellion begünstigte; ebenso gedenkt sie des Umstands, daß die republikanische Partei in ihrer großen Mehrheit während des deutsch-französischen Krieges auf Seiten Deutschlands stand und die Wiedererstehung des deutschen Reiches mit Jubel begrüßte, während die demokratische Partei Frankreich den Sieg wünschte.

In jüngster Zeit müssen übrigens die Zustände in manchen Südstaaten der Union wirklich sehr beklagenswerth gewesen sein. Nicht genug, daß der Parteifanatismus der südlichen Demokraten das Gesetz mit Füßen trat und ein Mobregiment, wie im Jahre 1860, in's Leben rief, noch ein schrecklicherer Umstand trat hinzu — das gelbe Fieber ist mit einer furchtbaren Wuth im Süden ausgebrochen und, wie amerikanische Blätter von Ende September und Anfangs Oktober melden, nahm diese Seuche um jene Zeit in verheerender Weise zu. In Savannah z. B. waren mehr als 2000 Menschen davon erfaßt, in Brunswick im Staate Georgia nicht weniger als 600. Die meiste Hoffnung auf Rettung setzte man auf das baldige Eintreten der kühleren Jahreszeit. Ein schöner Zug aber zeigte sich bei dieser Gelegenheit. Die republikanischen Blätter, welche mit Erbitterung die demokratischen Südländer bekämpften, appellirten einstimmig an das Humanitätsgefühl des

republikanischen Nordens und Ostens und forderten ihre Parteigenossen ein dringlich auf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Leidenden und Kranken im Süden zur Hülfe zu eilen. Solche Tüde echter Menschlichkeit versöhnen mit manchen Auswüchsen des amerikanischen Parteelebens.

Rud. Doehn.

Tom deutschen Reichstag.

Berlin, den 12. November 1876.

In den Sitzungen vom 3. und 7. November hat der Reichstag sich schlüssig gemacht über die Behandlung der Reichsjustizgesetze, der wichtigsten Aufgabe der diesmaligen Session. Diese Gesetze, bestehend in einem Gesetz über die Normen der Gerichtsverfassung, einer Civil-Prozessordnung, einer Strafprozessordnung und einer Concursordnung wurden am 24. November 1874 seitens der Bundesregierungen dem Reichstag vorgelegt. Am 25. November 1874 beschloß der Reichstag, die drei ersten dieser Gesetzentwürfe einer Commission von 28 Mitgliedern zur Vorberathung zu überweisen. Durch ein Reichsgesetz vom 23. Dezember desselben Jahres wurde diese Commission ermächtigt, ihre Arbeiten über die laufende Session hinaus fortzusetzen. Im Herbst 1875, als der Reichstag wieder zusammentrat, hatte indeß die Commission ihr Werk noch nicht vollenden können. Das Mandat derselben wurde daher vom Reichstag sofort erneuert. Da indeß vorauszusehen war, daß die Zeit zur Vollendung des Werkes während der Reichstagssession sich nicht finden könne, so wurde der Commission durch ein weiteres Reichsgesetz vom 1. Februar 1876 abermals die Befugniß ertheilt, ihre Arbeit über die laufende Session hinaus zu erstrecken. Jetzt liegt diese Arbeit vollendet vor in den Abänderungsvorschlägen, welche die Commission zu jedem der drei Gesetzentwürfe beschlossen hat. Zur Begründung der Abänderungsvorschläge wird jeder der Gesetzentwürfe durch einen besonderen Bericht eingeleitet. Der Bericht zu dem Gesetzentwurf über die Gerichtsverfassung ist von den Commissionsmitgliedern Miquel und Hauck erstattet. Diesem Bericht geht auch der Bericht über die Thätigkeit der Commission im Allgemeinen voran. Der Bericht über die Civilprozessordnung ist von den Commissionsmitgliedern Becker und v. Forcade de Biaix erstattet; der Bericht über die Strafprozessordnung von den Commissionsmitgliedern Dr. v. Schwarze und Klok. Zur Vorberathung der Concursordnung war eine besondere Commission gewählt